


Sankt PaulinX




Nr. 1 Frühjahr 2009



Skandal um den
Sperrbezirk
Seite 7

Unter dem Pflaster
liegt der Strand



St. Pauli Music Hall
goes ‚real‘?
Seite 3

Sind die
Beach-Clubs tot?
Seite 4-6

Hier ist **DIE LINKE**. auf St. Pauli!

Schon kurz nachdem sich im Bezirk Hamburg-Mitte am 30. Juni 2007 DIE LINKE gegründet hatte, fand sich auch DIE LINKE.Stadtteilgruppe St. Pauli zusammen. Angesichts von mehr als 50 Mitgliedern auf St. Pauli verwundert es nicht, dass seither eine Gruppe von linken AktivistInnen aus dem Stadtteil kontinuierlich darauf aus ist, den Widerstand gegen die immensen Fehlentwicklungen im Viertel initiativ auf der Straße und parlamentarisch zu unterstützen.

In den nun fast zwei Jahren unseres Engagements haben wir den Schwerpunkt auf den Kampf gegen die fortschreitende Kommerzialisierung und Yuppisierung des Viertels gelegt. Der Veränderungsdruck auf den Stadtteil aufgrund seiner attraktiven Lage ist so groß, dass das Gesicht St. Paulis sich in den vergangenen Jahren immer rasanter verändert hat. Während z.B. das tote Bavaria-Quartier und das protzige Empire Riverside Hotel aus dem Boden gestampft wurden - mit massiver Unterstützung durch die politisch Verantwortlichen in Stadt und Bezirk - , wurden an-

dererseits Hartz IV-BezieherInnen zum Wegzug gezwungen sowie Erwerbslose und Menschen mit Migrationshintergrund durch die Aufhebung des Mietspiegels, durch Mietwucher und durch die zahlreichen Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen vertrieben. Gegen diesen anhaltenden Trend stehen wir auf. Im Bezirksparlament und in der Bürgerschaft sorgen wir für Unruhe und versuchen, die Schweinereien, die dort ablaufen, auch in der Öffentlichkeit zu skandalisieren. Auch deshalb gibt es jetzt die Sankt PauLinX.

Ab sofort versorgen wir Euch auch auf diesem Weg viermal jährlich mit Stadtteilinfos, um den Widerstand gegen die „Gentrifizierung“ St. Paulis zu stärken. In dieser ersten Ausgabe findet Ihr gleich mehrere Artikel, die sich mit dem Veränderungsdruck und den zumindest teilweise erfolgreichen Initiativen dagegen befassen.

Eine interessante Lektüre wünscht Euch

DIE LINKE.Stadtteilgruppe St. Pauli

LINKE pro Centro Sociale

In der Sternstraße 2 (am Rande des ehemaligen Schlachthofgeländes) möchte eine Sozialgenossenschaft das Centro Sociale dauerhaft betreiben. Dazu braucht sie aber die Genehmigung für Umnutzungen und einen langfristigen Mietvertrag. Die STEG (privatisierte Stadtentwicklungsgesellschaft) möchte erst mal lieber einen Wettbewerb unter möglichen NutzerInnen des Gebäudes (was für welche das sein könnten, wurde uns vorenthalten) durchführen.

Die Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg Mitte hat sich dazu positioniert: Wir halten einen Wettbewerb für überflüssig, können ihn aber leider nicht verhindern, und unterstützen diese Nachbarschaftsinitiative. In der Wettbewerbsjury wird sich unsere Delegierte Bea Rau dafür einsetzen, dass die Genossenschaft zum Zuge kommt und nicht etwa das Interesse des Finanzsenators an hohen Mieteinnahmen ein Projekt der Menschen für die Menschen verhindert.

St. Pauli Music Hall goes ‚real‘?

Alle wollen die St. Pauli Music Hall – mit dieser Beschwörung macht die Presse schon seit Wochen Stimmung und bereitet den Boden dafür, dass die Stadt wohl ein weiteres bedeutendes Grundstück an einen Investor verramschen wird, der dort „viertelskompatible“ Pläne zum Bau einer mittelgroßen Konzerthalle realisieren soll. Jubel allerorten über eine „Elbphilharmonie für alle“?

Mitnichten! DIE LINKE.Stadtteilgruppe St. Pauli spricht sich entschieden gegen

diesen erneuten Versuch der Stadt zur Umsetzung eines Leuchtturmprojekts aus. Der Preis ist hoch: Nach der Planung zur Schließung des „real“-Markts an der Feldstraße, dessen Mietvertrag am 31. Dezember 2010 ausläuft, würden rund 130 Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Schließung des real-Markts, der für die Nahversorgung insbesondere der Menschen aus dem Karo-viertel bedeutsam ist, würde einen spürbaren Verlust für die Menschen im Viertel darstellen.



Und selbst wenn *dieser* Preis nicht zu zahlen wäre: In dem Bauvorhaben wird die Fortführung des Trends zur Eventisierung des Viertels klar erkennbar. Die Eventisierung erklingt als Begleitmusik zur Aufschickung des Viertels und befördert somit den Ausschluss derer, die sich diese Eventkultur mit zu erwartenden horrenden Eintrittspreisen ebenso wenig leisten können wie den Besuch des anvisierten Restaurants mit Blick in den Konzertsaal. Der Bau käme also denjenigen BewohnerInnen des Stadtteils nicht zugute, die den Charme des Viertels aus-

mach(t)en, aufgrund der vermeintlichen Anhebung der Wohnqualität die Mieten nicht mehr zahlen können und Platz machen müssen für immer mehr Yuppies. Allenfalls diese neue St. Pauli-„Klientel“ sowie einige Gewerbeeinrichtungen könnten von der Konzerthalle und den zu erwartenden zusätzlichen Menschenströmen profitieren.

Verwundert es da, dass DIE LINKE nicht in den Jubelchor einstimmt?

Markus Schneider-Johnen

Strand für alle statt Beach-Clubs für Yuppies!

Am 18. Dezember hatte Bezirksamtsleiter Markus Schreiber (SPD) mal wieder dem parlamentarischen Willensbildungsprozess vorgegriffen: Schon vor der Sitzung des Bezirksparlaments hatte er der Presse gesteckt, dass die drei Beach-Clubs, die in Altona dem Kreuzfahrtterminal weichen müssen, zwischen „Strand Pauli“ und dem Fischmarkt angesiedelt werden sollen. Allein DIE LINKE hat sich im Parlament gegen SPD, GAL, CDU und FDP gestellt, die alle die fortschreitende Kommerzialisierung und Privatisierung des Elbufers wollen. Christine Detamble-Voss kündigte massiven Widerstand an, der - sehr zum Leidwesen der Betreiber und BesucherInnen der Beach-Clubs - auch dann fortgeführt werde, wenn die Beach-Clubs gegen die Interessen des Stadtteils dort hochgezogen würden.

Dass es nun vorerst wohl doch nicht dazu kommt, führen die politischen GeisterfahrerInnen zurück auf die Verlegung einer Fernwärmeleitung durch Vattenfall, die eine ca. dreijährige Baustelle an der Hafensstraße mit sich bringen wird. Es besteht jedoch die Gefahr, dass nach den Bauarbeiten die Diskussion um Beach-Clubs an der Hafensstraße erneut aufflammen wird. So wollte Herr Schreiber auch keine Zusage geben, dass die Pläne dauerhaft vom Tisch seien.

Der Widerstand, der sich in Windeseile formiert hat, ist also weiterhin gefragt. Ermutigend ist, dass trotz kurzer Vorlaufzeit zu einer Versammlung am 7. Februar rund 180 Menschen aus dem Stadtteil zusammenkamen. Sie entwickelten und verabschiedeten eine deutliche Resolution, die wir nebenstehend in Auszügen wiedergeben.



Die Beach-Club-Pläne bringen uns auf die Palme!

Auszüge aus der
Resolution der Stadtteilversammlung St.Pauli-Süd gegen die Beach-Clubs

Die FüÙe in die Elbe strecken

Wir lehnen die Ansiedlung von Beach-Clubs zwischen St. Pauli Landungsbrücken und Fischmarkt ab.

Das Ufer ist wertvoller öffentlicher Raum und darf nicht privatisiert werden.

St. Pauli ist ein Wohngebiet, nicht nur ein Vergnügungsviertel. Die Beeinträchtigung von Wohnraum und öffentlicher Sphäre ist ohnehin groß. Die zusätzliche Ansiedlung der Beach-Clubs und deren Parkplatzsuchverkehr mit seinen Emissionen ist unzumutbar und wird von uns, besonders auch wegen der direkten Nachbarschaft zur Schule, nicht hingenommen.

Die Privatisierung öffentlicher Räume auf St. Pauli ist gescheitert - am Beispiel des Spielbudenplatzes wird das Elend dieses neoliberalen Modells täglich eindrucksvoll demonstriert. Das Kulturangebot beschränkt sich auf die Verköstigung des Publikums mit alkoholischen Getränken. Private Sicherheitsdienste üben das Hausrecht aus. Beach-Clubs steigern die Ausgrenzung noch- Eintritt, Türsteher, Verzehrzwang.

Wir sagen: Nein!



Eventgastro eindämmen!
Durch den eventgastrono-

mischen Umbau wird St. Pauli mehr und mehr zu einem Erlebnis-Einkaufszentrum unter freiem Himmel- ohne jeden Charme und ohne Sperrigkeit. Die Mieten steigen, das Gleichgewicht kippt.

Wo gestern Beach-Clubs waren, werden heute Bürobauten hochgezogen: Die Beach-Clubs sind ein Testballon und sollen St. Paulis Küste für Immobilienentwickler interessant machen. Wir werden diesen Testballon platzen lassen.

St. Pauli darf nicht vom Wasser abgeschnitten werden- im Gegenteil: Die Stadt muss sich zum Fluss hin öffnen, der Hafenanrand zugänglicher werden. Die Uferzone ist für ganz Hamburg von hervorgehobener Bedeutung- sie muss öffentlich, begehbar und zugänglich bleiben.

Ein öffentlicher Strand ohne Türsteher und ohne Überwachungskameras ist möglich.

Statt Beach-Clubs für wenige fordern wir: Strand für alle!

„Unter dem Pflaster liegt der Strand“

- und das Pflaster ist für Euch

Offener Brief an Senatorin Anja Hajduk - GAL, Markus Schreiber - Bezirksamt Mitte, Bürgermeister Ole von Beust - CDU, Beach-Club-Betreiber del Mar

Hafenstraße und Beach-Clubs - da ist ja wohl einer zuviel am neuen Platz neben dem Fischmarkt. Nicht wirklich glaubt Ihr daran, dass wir Hafenstraßenbewohner und St. Paulianer das so krötenartig schlucken werden, womit Eure Spaßgesellschaft uns das Leben zur Hölle machen will.

Da werden müde Geister wieder wach und die Stadt bekommt womöglich Probleme, von denen sie bis dato gar nicht wusste, wie beim „Öffnen der Büchse der Pandora“. Die Arroganz der Macht, hier Bezirksversammlung Mitte, kennt keine Grenzen, wogegen diese bei uns schnell erreicht sind, wenn solche Entscheidungen nach Gutsherrenart getroffen werden.

Bei jeder pissigen Entscheidung, ob ein Kindergarten oder womöglich eine Asylbewerberunterkunft den Bewohnern in Poppenbüttel oder Blankenese zuzumuten ist, wird geredet und entschieden. „Nein, den Gutmenschen in den ruhigen und beschaulichen Stadtteilen können wir solche Belastungen und Einschränkungen der Lebensqualität nicht zumuten.“

Euch interessiert es einen Dreck, was wir zu sagen haben. Ein Beach-Club langt und der angrenzende Parkplatz deckt im Sommer bei weitem nicht den Bedarf an Parkplätzen. Wo, bitte sehr, sollen denn die Cabrios und Sport Utility Vehicles (SUV) der Besucher dieser Beach-Clubs parken? Ja, vielleicht auf der demnächst errichteten Überdeckelung der A7 in dem schönen beschaulichen Othmarschen? Und die bereits jetzt unseren Stadtteil alltäglich belagernden, „normalen“ Touristen kommen eher selten mit dem Fahrrad an die Elbe.

Ihr findet es also zumutbar, dass wir als Anwohner unsere Fahrzeuge am Venusberg parken, ständig übel gut gelaunte, laute Menschen vor der Haustür dekadent ihre Cocktails schlürfend und unsere Grünflächen vollpissend ertragen müssen?

Sicher könnt Ihr sein, besinnen wir uns unserer Kraft und ziehen lärmend durch Eure schönen Viertel. Und manchmal ... darf es auch etwas mehr sein.

Ein Bewohner der Hafenstraße

Skandal um den Sperrbezirk: Herr Schreiber auf Geisterfahrt

Zur Erinnerung: Im Februar wurde zunächst ein Bordell in einem Gewerbegebiet in Hamm von der zuständigen Abteilung im Bezirksamt genehmigt. Dann protestierten empörte BürgerInnen aus Hamm mit einer Unterschriftenliste, die Presse berichtete. Diesen Protest hat Herr Schreiber (SPD, Leiter des Bezirksamts Hamburg-Mitte) aufgegriffen, denn er will die Ängste und Sorgen der Menschen ernst nehmen. Dann stellt er fest, dass er die Genehmigung des Bordells nicht mehr zurücknehmen kann, weil alles Rechtsens ist: Prostitution ist ja gar nicht mehr verboten in Deutschland und ein Bordell kann nicht so ohne weiteres verboten werden. Herr Schreiber hat ein Problem: hier des Volkes Zorn, dort die Rechtslage. Da hat Herr Schreiber eine Idee: Er fordert, ganz Hamburg soll Sperrbezirk werden, mit ganz wenigen Ausnahmen, so wie auf St. Pauli etwa, um zukünftig in Hamburg Bordelle und Straßenstriche verbieten zu können. Die Reaktion der Polizei: Herr Schreiber wisse nicht, wovon er spricht, denn 1. sei eine Kontrolle und Überwachung eines stadtweiten Sperrbezirks Hamburg personell gar nicht zu schaffen und zweitens bringe es auch gar nichts. Schließlich existiert der Straßenstrich auch trotz Verbots - siehe St. Georg.

In der Bezirksversammlung selbst hat Herr Schreiber zugegeben, dass das Bordell in Hamm-Süd mit 100 Zimmern nicht mehr verhindert werden kann und von der Totalüberwachung Hamburgs lässt er nun auch ab. Aber er hat einen Narren an dem Bremer Modell gefunden, nach dem ein Straßenstrich in eine AnwohnerInnenfreien Gegend verbannt werden soll. Nur so könnten Frauen und Kinder vor dem Anblick (von was oder wem auch immer, verschwieg er schamhaft) geschützt werden. Die Sicherheit

der Prostituierten vor brutalen Freiern und Zuhältern waren den Damen und Herren der anderen Parteien und erst recht Herrn Schreiber nicht so wichtig.



Am Tag: Tote Hose im Sperrbezirk

Dahingegen fordert DIE LINKE die Aufhebung aller Sperrbezirke und einen Runden Tisch Prostitution mit ExpertInnen, die - mit Erfahrung und Sachverstand frei von falscher Moral - eine sachgerechte Umsetzung des Prostitutionsgesetzes in Hamburg vorbereiten, um dadurch zu ermöglichen, dass die im Sexgewerbe Tätigen einen Rechtsanspruch auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Verdienst, Arbeits- und Gesundheitsschutz haben. Dieser Forderung schließt sich inzwischen auch Sozialsenator Wersich an, der die im März erfolgte Konstituierung des Runden Tisches begrüßt hat. Wir hoffen, dass jetzt auch Herr Schreiber seine Geisterfahrt beendet!

Christine Detamble-Voss

Im Herzen von St. Pauli und in der Nähe

Offene Treffen DIE LINKE.Stadtteilgruppe St. Pauli

jeweils am 1. und 3. Dienstag im Monat um 19.30 Uhr in der Landesgeschäftsstelle der LINKEN, Kreuzweg 7 (Nähe Hbf).

Die nächsten Termine:

7. April / 21. April / 5. Mai / 19. Mai / 2. Juni / 16. Juni

Die Treffen sind offen für Interessierte, egal ob mit oder ohne Parteibuch.

Leider haben wir bislang noch keine Treffmöglichkeit auf St. Pauli gefunden. Für Tipps und Angebote sind wir dankbar.

„Tanzende Türme“ an der Reeperbahn Öffentliche Anhörung zum Bauvorhaben

**Montag, 6. April, 18.00 Uhr: Einsicht in die Unterlagen / 18.30: Anhörung
Aula des Wirtschaftsgymnasiums,
Budapester Str. 58**

Kommt zahlreich und sagt Eure Meinung!



Hamburger Ostermarsch

Kriege beenden!
Abrüstung statt
Sozialabbau! Für
eine Friedensstadt
Hamburg

**Ostermontag,
13. April, 12 Uhr
Auftakt an der
Friedenskirche
am Brunnenhof**

11.30 Uhr Andacht in der Friedenskirche

14 Uhr Fest auf dem Großeumarkt

Weitere Infos unter:

www.Hamburger-Forum.org

In den Tod geschickt

Ausstellung zur Deportation von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg 1940 bis 1945

Noch bis zum 26. April

Ort: Kulturhaus Hamburg, Klosterwall 15

Öffnungszeiten: Di - So 11 - 18 Uhr

Eintritt: 4,- Euro/Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre frei

Führungen für Schulklassen: 20,- Euro

Anmeldung für Führungen: 040-4281310

Mit dieser Ausstellung von Linde Apel wird in Hamburg erstmals der Verfolgung von Juden, Roma und Sinti gemeinsam

gedacht. Audio- und Videointerviews, bislang unveröffentlichte Schriftstücke und Fotos sowie die vollständig präsentierten Deportationslisten geben den vielen Beteiligten am Massenmord ein bedrückendes Gesicht.



Impressum

Herausgeberin:

DIE LINKE.Stadtteilgruppe St. Pauli
V.i.S.d.P.: Markus Schneider-Johnen
Hein-Hoyer-Str. 42
20359 HH-St. Pauli

Mail: viva@die-linke-st-pauli.de

Redaktionsschluss für Nr. 2:

1. Juni 2009

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier